

## LINKE dank Bundesverfassungsgericht mit am Verhandlungstisch zu Hartz IV!

Etwas, was jeder anderen Fraktion zu- gebilligt wird, muss sich DIE LINKE regel- mäßig über das Bundesverfassungsgericht erstreiten. Diese Ausgrenzung muss endlich beendet werden. Wie notwendig die recht- lich erstrittene Mitwirkung der Bundestags- fraktion DIE LINKE als einziges Korrektiv bei den Verhandlungen zur Novellierung der Hartz-IV-Gesetze ist, zeigt sich deutlich beim verfolgen der täglichen Meldungen um das Tauziehen. Der Gesetzentwurf hat- te bereits für große Proteste gesorgt, bevor er überhaupt im Bundestag diskutiert wur- de, da die Erwachsenenregelsätze lediglich um 5 € steigen sollten und die Kinderre- gelsätze überhaupt nicht erhöht wurden. Die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Bundestag hatte das Gesetz zwar beschlossen, die Hürde des Bundesrates hatte es allerdings nicht nehmen können, so dass nun eine Einigung zwischen Ländern und Bund im Vermittlungsausschuss hergestellt werden muss. Und genau hier feilschen nun all die Parteien, die jeweils ihren eigenen Anteil an der Reform und den damit verbundenen Repressionen haben - SPD und Grüne als Macher von Hartz IV und CDU/CSU und FDP als diejenigen, die die Situation der Betrof- fenen noch weiter verschlimmert.

Das, was von diesen Gesprächen an die Öffentlichkeit dringt, zeigt leider eines: Die

wirklich brennenden Fragen nach einer existenzsichernden Regelsatzhöhe für Er- wachsene und Kinder, nach der Gewährung von gleicher Teilhabe an Bildung und Kultur und an der Diskussion um einen flächen- deckenden Mindestlohn, der Armut trotz Arbeit verhindern könnte, werden nicht dis- kutiert – sie stehen nicht einmal wirklich zur Debatte. Frau von der Leyen zeigte sich von Beginn an kompromisslos bei der Höhe der Regelsätze und auch bei der Ausgestaltung des so genannten Bildungspaketes und bie- tet als Trostpflasterchen lediglich die Erwei- terung der Berechtigten auf Wohn- geldempfänger an.

Darum ist und bleibt DIE LINKE die ein- zige Fraktion im Bundestag, die sagt: Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz! Wir blei- ben bei unserer Forderung: Die Mindest- sicherung muss in ihrer Höhe tatsächlich die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen sichern. Zweitens muss sie frei von Möglichkeiten der Leistungskür- zung bzw. Sanktionen sein und schließlich individuell das menschenwürdige Existenz- und Teilhabeminimum garantieren. Mit den zahlreichen Landtagswahlen in diesem Jahr besteht die Chance, die Mehrheit in den Ländern ein deutliches Stück nach Links zu verschieben. Ein Ziel, für das wir gemein- sam kämpfen werden!

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros  
finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter

Januar 2011, Nr.

# 1

von Diana Golze zu bundes-, landes-  
und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

Ich wünsche Ihnen allen ein erfolgreiches Jahr 2011. Am 10. Januar 2011 gab DIE LINKE im Bundestag den Startschuss für ein Jahr wichtiger politischer Entscheidungen. Wir sind entschlossen, der Motor für wirkliche politische Veränderungen im Bund, in den Ländern und Kommunen zu werden, denn nur DIE LINKE ist Garant für mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik. Nur sie steht für eine Beendigung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, für eine Überwindung von Hartz IV, für eine Rücknahme der Rente erst ab 67, für eine Angleichung der Löhne und Renten in Ost und West, für eine gerechte Steuerpolitik und für eine Regulierung der Finanzmärkte. Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, findet sich dafür im neuen Jahr sicher eine Möglichkeit. Ich werde Sie mit meiner Homepage und diesem Newsletter weiter auf dem Laufenden halten.

Viel Spaß beim Lesen!  
Diana Golze

## Spruch des Monats

»Ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche...«  
Thomas Mann, 1946

## TERMINE

**21. - 30. Januar 2011,  
09.00 bis 20.00 Uhr**  
DIE LINKE auf der Grünen  
Woche  
Halle 6.2B, Messegelände  
am Funkturm, Berlin

**27. Januar 2011,  
15.00-18.00 Uhr**  
„Geschlechtergerechte  
Agrarförderpolitik - damit  
Brüssel die Frauen nicht  
vergisst!“  
ICC, Salon Sauerbruch,  
Messedamm 22, 14055 Berlin

**28. - 29. Januar 2011**  
Das andere Afghanistan  
Berlin, Paul-Löbe-Haus,  
Konrad-Adenauer-Str. 1,  
Eingang West

**14. - 16. März 2011**  
Fachgespräch der Fraktion,  
„LINKE Politik konkret“ für  
junge GewerkschafterInnen  
Berlin, Bundestag

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Arbeitnehmerfreizügigkeit und Mindestlöhne

Ab dem 1. Mai 2011 gilt auch in Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Diese Regelung wurde von der Europäischen Union beschlossen und beinhaltet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus einem der 2004 beigetretenen neuen Mitgliedsländer kommen, ohne Beschränkungen in Deutschland eine Tätigkeit suchen und aufnehmen können. Gleichzeitig enden ebenfalls zum 1. Mai Regelungen, die die Tätigkeit von ausländischen (Dienst-) Leistungsanbietern in Deutschland beschränken. Das heißt, eine Firma, die innerhalb der EU ansässig ist, kann sich in Deutschland z.B. um Aufträge in der Bau- und Reinigungsbranche bewerben und dorthin ihre

Arbeitskräfte entsenden. Diese können allerdings zu den Bedingungen arbeiten wie in ihren Herkunftsländern. DIE LINKE befürchtet deshalb, dass damit dem Lohndumping und der Arbeitszeitverlängerung Tür und Tor geöffnet wird. Natürlich gibt es schon jetzt Lohndumping in Deutschland, aber ab Mai 2011 wird sich dieser unsoziale Prozess noch weiter verschärfen. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn, der in allen Branchen gilt, kann dem Lohndumping einen Riegel vorschieben. Deshalb hat die Bundestagsfraktion der LINKEN auch in diesem Jahr sofort wieder einen Antrag auf einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland gestellt (Drucksachennummer: 17/890).

## Energie muss bezahlbar bleiben

Die seit Anfang Januar geltenden Energiepreiserhöhungen steigern erneut die Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher und garantieren den Konzernen rund 2 Milliarden Gewinne. Diese Preispolitik trifft ebenso Kommunen, die ohnehin schon klamm sind. Sie müssen die Heizkostenpauschalen für Hartz-IV-Haushalte stemmen, die nicht einmal deren Kosten decken. Dieser Griff in die Haushalte der Bürger und Gemeinden geschieht mit Billigung

der Bundesregierung. Statt endlich Sozialtarife mit erschwinglichen Energiepreisen einzuführen, lässt die Regierungskoalition die Energiekonzerne gewähren, Preiserhöhungen unbegründet auf die Haushalte umzulegen. Diese Lobbypolitik ist Ausdruck der wachsenden sozialen Kälte in unserem Land. Faire Energiepreise können nur durch eine funktionierende Preisaufsicht und Sozialtarife garantiert werden. Energiekonzerne gehören endlich in die öffentliche Hand.

## 2011 - Blockieren bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!

Am 13. Februar 2010 ist es erstmalig gelungen, Europas größten Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Mehr als 12.000 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnis Dresden Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch. Ein breites Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften,

der LINKEN und vielen anderen, stellte sich entschlossen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg. Am 13. und 19. Februar 2011 wollen erneut tausende Neonazis durch Dresden ziehen und dessen Bombardierung im Zweiten Weltkrieg „betrauern“. Auch 2011 heißt es „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Wir möchten erneut Europas größten Naziaufmarsch gemeinsam blockieren!



## Anmerkungen zu einer Debatte

Nach den kritischen Äußerungen zu Sarrazins Publikation zitierten selbsternannte Wächter der westlichen Zivilisation gebetsmühlenartig die Meinungsfreiheit. Sie würde verletzt, wenn Herr Dr. Sarrazin nicht immer und überall seine verquastenen Thesen vorstellen könne. Aber es darf doch andere Meinungen geben, oder? Fällt dagegen das K-Wort im politischen Raum und dann noch von der LINKEN vorgetragen, so toben die einstigen Befürworter der Meinungsfreiheit und fordern Überwachung und sogar ein Verbot der Partei DIE LINKE.

Die Begriffe des Kommunismus und des Sozialismus müssen sowohl von ihrem ideellen Inhalt wie auch von den konkreten Erfahrungen her diskutiert werden. Dabei dürfen

Verbrechen, die im Namen dieser Ideen begangen wurden, nicht verschwiegen werden.

DIE LINKE eint die Vorstellung einer solidarischen, ökologischen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der soziale Sicherheit und Demokratie nicht gegeneinander stehen, sondern miteinander gedacht werden. Eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Einzelnen untrennbar verknüpft ist mit dem Ziel der sozialen Gleichheit. Eine Gesellschaft, in der kapitalistische Ausbeutung überwunden und umfassende gesellschaftliche Demokratie möglich wird. Eine Demokratie, in der Gewaltenteilung ebenso wie Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sind. Wir nennen unser Ziel daher demokratischer Sozialismus.

## Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Die Linksfraktion will das Rentenrecht in Ost und West angleichen. In einem Antrag (17/4192) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem beginnend mit dem 1. Januar 2012 ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag eingeführt wird. Damit soll bei bis zu diesem Zeitpunkt im Osten erworbenen Rentenanwartschaften der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West bis zum Jahr 2016 sukzessive ausgeglichen werden. Der Zuschlag

soll so lange gezahlt werden, bis sich der Unterschied zwischen dem Rentenwert Ost und dem Rentenwert West im Zuge der Angleichung erübrigt habe.

Auch 20 Jahre nach der Deutschen Einheit gelte in Ost und West ein unterschiedliches Rentenrecht, werde die gleiche Lebensleistung nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. Dieser Zustand müsse auf schnellstem Wege und in gerechter Weise beendet werden.